

# Senioren- Report



Geschäftsstelle Berlin

Ausgabe 123

Juni 2024



## Die Miete ist zu hoch

Demonstration für bezahlbare Mieten, gegen Mietwucher  
am Samstag, den 1. Juni 2024

Bericht auf Seite 9

## **Inhaltsverzeichnis**

Grußwort Jan Otto · SAK im Internet.....	1
Synagoge Rykestraße .....	2
Judengang · SGB XIV .....	3
Delegiertenversammlung · Rentendiskussion.....	4
MV Internationale Gewerkschaftsarbeit.....	5
Hitzeschutz · Neu im SAK.....	6
Aktiven-Konferenz.....	7
1. Mai · Spargelesen Kremmen.....	8
Mieten-Demo.....	9
Pflegeversicherung.....	10
Stadtspaziergang AEG.....	11
EU-Wahl · Termine .....	12

## **Impressum**

Redaktion:

Ramon Zorn, Hartmut Herold, Dorothea Lay,  
Hartmut Meyer, Manuela Wegener, Monika Wittek

Titelbild: Ramon Zorn

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 14.09.2024

V.i.S.d.P.: Jan Otto, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Berlin

*Email-Adresse für Beiträge zum Senioren-Report:*

seniorenreport@gmx.de

*Senioren-Report im Internet:*

<https://www.igmetall-berlin.de/gruppen/ak-senioren/senioren-report>

## Grußwort

Jan Otto  
Erster Bevollmächtigter  
IG Metall Berlin



Liebe Kolleginnen und  
Kollegen,

nun übernehme ich zum ersten Mal das Grußwort in Eurem Senioren-Report. Dies tue ich mit einem lachenden und einem weinenden Auge, denn dies bedeutet auch, dass wir unseren Burkhard Bildt in die wohlverdiente Rente überlassen haben.

Obwohl Ihr hier sicher politische Themen von mir erwartet, will ich viel lieber etwas zu Burkhard sagen, der Euch und damit uns ja hoffentlich im SAK erhalten bleibt.

Als ich vor vier Jahren die Geschäftsstelle übernommen habe, war Burkhard der mit Abstand Dienstälteste und Erfahrenste in unserem Team. Ich habe ihn immer als offen, konstruktiv und vor allem ruhig erlebt. Was nicht bedeutet, dass Burkhard nicht sehr lebendig und klar ist.

Alle unsere „neuen“ Ideen, von denen er sicher schon viele bereits erlebt und selbst ausprobiert hat, nahm er offen auf. Und das hat mir ganz viel bedeutet, denn mit seiner Offenheit hat er dafür gesorgt, dass auch die Skeptiker am Ball geblieben sind. Und er hat Euren Bereich verantwortet und mein Eindruck ist: Das hat er verdammt gut gemacht. Ich will nun also versuchen, auch nur annähernd so gut für Euch zur Verfügung zu stehen, wie er das getan hat.

Unser Glück dabei ist: Wir sehen ihn regelmäßig wieder. Und genau das motiviert mich doppelt, Zeit mit Euch zu verbringen. Denn auch das darf mal gesagt sein: Wir vermissen Burkhard schon jetzt.

Und nun **Glück auf** für unsere Zusammenarbeit. Ich bin mir sicher, wir haben gemeinsam noch viel vor und ich freue mich darauf, Euch dabei zu unterstützen.

Euer Jan

*Auf Seite 7 großes Foto von der Verabschiedung Burkhard's auf der Aktivenkonferenz.*

## Senioren-Arbeitskreis im Internet

Viele Kolleginnen und Kollegen fanden es aufwendig und schwierig, sich auf der IG Metall-Seite durch mehrere Menues durchklicken zu müssen, um zum Senioren-Arbeitskreis zu gelangen.

Die Geschäftsführung hat unseren Bitten entsprochen und einen Link direkt auf die Startseite gesetzt. Das große Bild von der Aktivenkonferenz mit Mitgliedern des Arbeitskreises und mit Christiane Benner und Jan Otto führt direkt zu unseren aktuellen Meldungen. Von da ist es nur noch ein Klick zu den Terminen und dem Senioren-Report.

Es wäre schön, wenn andere Geschäftsstellen dem Beispiel folgen würden. Wir sind wohl gewerkschaftsweit der einzige Senioren-Arbeitskreis auf der Startseite eines Internetauftritts. Bei allen anderen muss man mühsam suchen, wenn überhaupt etwas zu finden ist. Vielleicht macht unser Beispiel Schule.



Foto Christian von Polentz

*Bürobote Rama Zotti*

## Inflationsausgleich für Rentner/innen

Der Senioren-Arbeitskreis hatte bei der Delegiertenversammlung den Antrag eingebracht, die IG Metall soll sich für eine Inflationsausgleich-Prämie für Rentner und Rentnerinnen einsetzen. Beschäftigte, Beamte und Pensionäre erhalten eine steuerfreie Prämie. Nur die Rentner, die unter der Teuerung besonders leiden, wurden „vergessen“. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.



Am 1. Mai in Hamburg



## Besuch der Synagoge in der Rykestraße

Wie der Besuch der jüdischen Synagoge verlaufen würde, darauf waren wir Senioren sehr gespannt. Denn tagtäglich konnten wir Nachrichten sehen über den Krieg in Gaza, der unzählige Opfer unter der palästinensischen Zivilbevölkerung kostet und durch den Überfall der terroristischen Hamas auf Israel ausgelöst wurde.



Unser Besuch fand in zwei großen Gruppen statt. Durch Absperrgitter und ein großes Portal in dem roten Klinkergebäude betraten wir nach einer einfachen Taschenkontrolle einen geräumigen Hof, der auch der Schulhof der Jüdischen Ganztagschule im Vorderhaus ist. Auf diesem Hof wurden wir von Herrn Roland Baron empfangen. „Kommt näher, kommt näher“ bat er uns im überraschend lockeren Ton. Dann bedeckten wir Männer unsere Köpfe und alle gemeinsam folgten Herrn Baron in einen Vorraum mit U-förmig angeordneten Tischen. Wir erfuhren: Nach der Andacht in der Synagoge sitzt dort die Gemeinde zusammen, isst etwas, kann sich unterhalten und sich über den Gottesdienst austauschen. Im Vorraum lernten wir mehr über die jüdische Religion. Das Judentum ist die erste monotheistische Weltreligion. Wie beim Christentum und im Islam wird nur an einen Gott geglaubt. Insofern haben die drei Religionen viel gemeinsam. Alle drei gehen auf den Urvater Abraham zurück. Aber in den Religionen ist die Zeitrechnung eine unterschiedliche: Juden befinden sich im Jahr 5784, die Christen im Jahr 2024 und die Muslime im Jahr 1443. Doch Herr Baron stellte fest: „Aber wir Juden sind auch im 21. Jahrhundert angekommen.“

Von diesem Versammlungsraum aus betraten wir den hohen Raum der sehr beeindruckenden Synagoge. Nach nicht mal zwei Jahren Bauzeit wurde sie 1904 eingeweiht. Sie hat mit einer Empore 2000 Sitzplätze und ist die zweitgrößte Synagoge Europas. Auch sie wurde in der Pogromnacht 1939 von den Nazis angesteckt. Doch der Brand wurde gelöscht, um die naheliegenden Häuser und ihre Anwohner zu schützen. Die Pogromnacht war nur der Anfang der Vernichtung von 6 Millionen Juden durch die Nazis.

In der Synagoge machte uns Herr Baron darauf aufmerksam, was sowohl für den Islam als auch das Judentum gilt: der reiche Schmuck des Gotteshauses enthält keine Bilder Gottes oder anderer Geschöpfe, sondern ausschließlich Ornamente. Der Altarbereich ist durch vier siebenarmige Leuchter (Menora) an beiden Seiten geschmückt. Die Leuchter verweisen auf die Zerstörung des ersten jüdischen Tempels auf dem Tempelberg (Berg Zion) in Jerusalem und die Vertreibung der Juden nach Babylon.

In der Mitte des Altars befindet sich der Schrein mit den Thorarollen. Über dem Schrein gibt es den Davidstern und vor ihm das ewige Licht, das auch ein Symbol in der katholischen Kirche ist. Auf den Thorarollen ist die überlieferte jüdische Geschichte und das jüdische Denken in hebräischer Sprache niedergeschrieben. Die Gottesdienste finden in hebräischer Sprache statt und die Andacht wird gesungen.



Nach der sehr gelungenen Einführung durch Herrn Baron konnten wir auch unsere Fragen loswerden. Hier in Kurzform seine Antworten: Im Judentum wie in den anderen beiden monotheistischen Religionen spielen Frauen eine untergeordnete Rolle, zum Beispiel beginnt das Leben in der jüdischen Gemeinschaft mit der Beschneidung der Jungen. Religiös mündig werden die Knaben nach intensivem Studium der religiösen Schriften. Nur die Jungen sollen danach in der Lage sein, einen Gottesdienst zu gestalten.

Die Politik der Regierung Netanjahu sah Herr Baron durchaus kritisch.

Als krönenden Abschluss der Führung sang Herr Baron aus einer Thorarolle in der Synagoge ein sehr schönes Lied für den Frieden. Den lehrreichen Besuch haben wir danach bei einem koscheren Essen ausklingen lassen.

Vielen Dank für das schöne Mitgliedertreffen. Mein bleibender Eindruck nach dem Treffen: Frieden gibt es nur durch Verhandlungen und Dialog.

*Hartmut Meyer*

**IG Metall Senioren unterwegs:**

## **In der Nähe der Synagoge Rykestraße liegt der sogenannte Judengang**

Die historische Besonderheit befindet sich zwischen der Mauer an der Rückseite des Jüdischen Friedhofs und den Hinterhöfen der Wohnhäuser in der Kollwitzstraße.

Der Weg ist sieben Meter breit und vierhundert Meter lang.

Der Friedhof ist der heute älteste sichtbare erhaltene jüdische Begräbnisort in Berlin. Bei dessen Anlage 1827 war der „Judengang“ ein einfacher Feldweg. Mit der Bebauung der Gegend zwischen Metzger Straße (am Senefelder Platz) und Kollwitzplatz blieb der Weg erhalten. Seine ursprüngliche Funktion ist historisch nicht verbürgt.

Es wird berichtet, dass es den Juden verboten gewesen sei, bei Begräbnissen den Haupteingang des Friedhofes in der Schönhauser Allee zu benutzen. Der König wollte auf seinen Weg zum Sommerschloss in Niederschönhausen nicht durch den Anblick von Leichenzügen gestört werden.

So mussten die Berliner Juden bei Beerdigungen den „Judengang“ und den Hintereingang zum Friedhof nutzen. Während einer Instandsetzung des Jüdischen Friedhofes im Jahre 2003 wurde der Weg mit seinem Tor am Kollwitzplatz wieder sichtbar gemacht. Er ist heute ein Gartendenkmal.

*Berlin, den 18. April 2024, 10. Nissan 5784 Werner Kühnemann*

## **Vierzehntes Buch Sozialgesetzbuch**

### **Neue Regelung des sozialen Entschädigungsrechts**

Ab 1. Januar 2024 wurde das Sozialgesetzbuch (SGB) um das SGB XIV „Soziale Entschädigung“ erweitert. Die XIII wurde übersprungen – Aberglaube?

Als Anlass für diese durch das SGB XIV geplante Neuregelung des sozialen Entschädigungsrechts galt der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche im Dezember 2016. Das bisher geltende soziale Entschädigungsrecht beruhte auf dem Bundesversorgungsgesetz aus dem Jahr 1950, das für Kriegsgeschädigte, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen geschaffen worden war.

Dieser Ansatz galt mittlerweile als überholt. Das neue SGB XIV sollte sich daher an den Bedürfnissen der Opfer von Gewalttaten und von Terrorismus ausrichten und das Bundesversorgungsgesetz sowie das Opferentschädigungsgesetz ablösen.

Das SGB XIV soll die Ansprüche von Personen regeln, die durch schädigende Ereignisse unmittelbar eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben. Potenziell anspruchsberechtigt sollen auch Angehörige, Hinterbliebene und andere Personen sein, die den Geschädigten nahestehen oder nahestanden.

Als Leistungen der sozialen Entschädigung kommen Dienstleistungen, Sachleistungen und Geldleistungen in Betracht

Als schädigende Ereignisse im Sinne des Gesetzes gelten zum Beispiel:

- körperliche Gewalttaten
- psychische Gewalttaten (z. B. Stalking)
- vorsätzliche Vergiftungen
- erhebliche Vernachlässigung von Kindern
- Kriegsauswirkungen beider Weltkriege
- Schutzimpfungen oder andere Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe, die eine gesundheitliche Schädigung verursacht haben

In den 22 Kapiteln mit 158 Paragraphen des Gesetzes sind hoffentlich die wichtigsten Ursachen und Regeln berücksichtigt. Dass eine Überarbeitung oder besser Anpassung nach einer angemessenen Zeit erfolgt, sollte normal sein.

Vertreterinnen des SoVD (Sozialverband Deutschland) kritisieren, dass Gewalt gegen Frauen innerhalb von Partnerschaften sowie im Internet und Versorgungsnotstände bei Frauenhäusern nicht hinreichend im Gesetzentwurf berücksichtigt seien.

Aktuell kürzt der Senat den Opferentschädigungs-Etat um über 11 Millionen Euro, um den Haushalt zu sanieren – soviel zur Bedeutung sozialer Politik.

*Siegfried Schicke/Ramon Zorn*

## Delegiertenversammlung am 23. Mai 2024



Foto IGM

86 Delegierte waren gekommen - das waren mehr als 75 Prozent aller gewählten Delegierten - um den Geschäftsbericht der Geschäftsstelle Berlin zu hören und zu diskutieren.

Außerdem wurden die Mitglieder der Tarifkommissionen gewählt sowie zwei Anträge des Senioren-

Arbeitskreises beschlossen. In ersten wurde zur Teilnahme an der großen Demo am 1. Juni 24 gegen Mietenwahnsinn aufgerufen. Im zweiten wurde der Inflationsausgleich, den fast alle Bevölkerungsgruppen bereits erhalten haben, auch für Rentnerinnen und Rentner gefordert.

Der 1. Bevollmächtigte Jan Otto berichtete von der letzten Aktivenkonferenz, in der die nächste Tarifrunde vorbereitet wurde. 150 Mitglieder haben sich an dieser Konferenz beteiligt. Mit einem Film von dieser Konferenz wurde die gute Stimmung der dreitägigen Konferenz im April deutlich. Intensive Schulungsmaßnahmen, gute Diskussionen mit Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall, und Nadine Boguslawski, Hauptkassiererin und zuständiges Vorstandsmitglied der IG Metall und rund 70 Neuaufnahmen bei Ansprache-Aktionen am zweiten Tag, das war die Aktivenkonferenz.

Eine gute Nachricht für die Delegierten war der Zuwachs an Mitgliedern in den Betrieben. Inzwischen treten die meisten online der IG Metall bei.

*Günter Triebe*

## Aktuelle Rentendiskussion

### Die sogenannte Rente mit 63

Das wurde von den Gewerkschaften 2014 als Erfolg gefeiert: besonders langjährig Versicherte (45 Beitragsjahre) konnten im Alter von 63 ohne Abschläge in Rente gehen. Der FDP und der CDU sind diese Regelung ein Dorn im Auge. Sie wollen sie zur Rettung der Rentenfinanzierung abschaffen. Kein Gedanke an die Wertschätzung der Lebensleistung bei den Wahlkämpfern dieser Parteien.

Wer in diesem Jahr 63 wird und meint, er hat seine 45 Beitragsjahre beisammen, wird sich wundern. Er muss nämlich noch anderthalb Jahre warten, bis er in den Genuss abschlagsfreier Rente kommt. Denn zusammen mit dem schrittweise Anheben des Regelalters (jedes Jahr um zwei Monate) ist auch für die „Rente 63“ die Altersgrenze angehoben worden. Also weiter schufteten oder 12,6 Prozent Abschlag von der Rente hinnehmen.

Auf jeden Fall verringert sich bei vorzeitiger Rente die Bezüge, weil die letzten Beitragsjahre fehlen.

Langjährig Versicherte (35 Beitragsjahre) können zwar weiterhin ab 63 die vorgezogene Rente beantragen, aber mit Abschlägen. Für jeden Monat vor dem Regelaltersalter 0,3 Prozent. Je nach Jahrgang kommt da eine ordentliche Rentenkürzung zusammen, lebenslang.

### Weiterarbeiten bis 93?

Ein Versprecher des CDU Generalsekretärs? Ich denke, die meisten haben es gesehen und gehört. FDP und CDU fordern auf, länger als bis zur Regelaltersgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung zu arbeiten. Eine Forderung aus dem luftleeren Raum, denn das geht schon längst. Wer will und kann, soll ruhig weiterarbeiten dürfen. Keiner hat etwas dagegen.

Die Frage ist nur, unter welchen Bedingungen. Erhöht sich die Rente, wann greift die Sozialversicherungspflicht und wie ist das mit der Einkommenssteuer? Die Regeln sind recht unübersichtlich und kompliziert – wir sind in Deutschland, da ist nichts einfach.

Einige Unternehmen haben gleich die Idee geboren, dass man den Rentnern kein Tarifgehalt zahlen müsse, denn sie haben ja ihre Rente.

Im Zentrum der ganzen Rentendiskussionen steht die künftige Finanzierung der Rente, die so oder so infrage gestellt wird. Die wachsende Altersarmut dagegen wird nicht thematisiert. Wie würdelos es ist, nach einem langen Arbeitsleben von Sozialhilfe (wie auch immer sie gerade genannt wird) leben zu müssen, können sich unsere Politiker bei ihren Ruhegehältern wohl schwer vorstellen.

*Ramon Zorn*



Es war eine tolle Veranstaltung mit viel interessantem Diskussionsstoff, als André Gunià vom Fachbereich Globale und Europapolitik des IG Metall-Vorstands uns die Aktivitäten seines Ressorts vorstellte.

Natürlich hatten wir wieder viele Fragen zu breitgefächerten Themenblöcken vorbereitet, so dass die Zeit kaum ausreichte.

Während eines interaktiven Referats diskutierten wir lebhaft über Fluch und Segen der Europäischen Freizügigkeit und wie wir Einfluss nehmen können.



Foto Klaus Murawski

Die Gewerkschaftsorganisationen IndustriAll mit 195 Mitgliedsgewerkschaften, Global Union und European Trade Union versuchen gemeinsam die Einkommens- und Lebensbedingungen der ArbeitnehmerInnen zu verbessern.

## Unterschiedliche Rahmenbedingungen

Unterschiedliche Sprachen stellen dank moderner Technik (Übersetzungs-Apps) inzwischen kaum mehr Hindernisse dar, dafür gibt es aber manchmal strukturelle Probleme, wie zum Beispiel Gewerkschaftsvielfalt in serbischen Firmen (die alle verhandeln wollen und dürfen, sobald sie mehr als 10 Prozent Mitglieder haben - da freut sich der Arbeitgeber und sucht sich das einfachste aus).

Der europäische Binnenmarkt hat für ArbeitnehmerInnen auch Nachteile. So ist die Ausbildung sehr unterschiedlich und bisher nicht zu einem gemeinsamen Qualitätsmerkmal entwickelt worden.

Unser Arbeitskräftebedarf (sowie Reisetätigkeiten ?) bewirken in einzelnen Ländern explodierende Lebenshaltungskosten bei gleichzeitig niedrigen Löhnen. In Kroatien (unter 2 Euro Stundenlohn im Schnitt) führt das zu einer starken Abwanderung von Arbeitnehmern in reichere Länder, unter anderem auch von Ärzten. Auf 20.000 Personen kommt im Schnitt nur noch ein Arzt/Ärztin.

## Probleme und positive Beispiele

In Rumänien und der Slowakei haben sich zum Teil eigene Firmengewerkschaften (wie bei Dacia) entwickelt, die ihre Verhandlungshoheit sichern und keine Einmischung wollen.

Positive Beispiele der Zusammenarbeit gibt es in Ländern wie Ungarn, mit der VASAS. Wer in der VASAS Mitglied ist, ist es gleichzeitig in der zuständigen Gewerkschaft IG Metall am Einsatzort.

Mitgenommen habe ich auch, dass unsere „Mitbestimmungsweltmeister“ wie zum Beispiel Mercedes, Bosch und Siemens, sich im Ausland gegen Mitbestimmung wehren.

Über das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz versucht IndustriAll Einfluss zu nehmen - umso schlimmer, dass Parteien wie die FDP versuchen, dagegen anzugehen.



Foto Ramon Zorn

Das europäische Parlament in Brüssel hilft uns mit einigen Vorgaben: so sollen die Mindestlöhne in allen Ländern angehoben werden - vor allem soll dies über eine hohe Tarifbindung von 80 Prozent erreicht werden, damit die Realisierung auch kontrollierbar ist. Preisfrage: wo liegt die Tarifbindung inzwischen bei uns?

Deswegen ist die Europawahl für uns alle so wichtig - gibt es auch hier wie bei den letzten Länderwahlen einen Rechtsrutsch, hat das Auswirkungen auf die Vorgaben aus Brüssel.

Welche das sein können, werden wir auf unserer nächsten Mitgliederversammlung am 26. Juni 2024 ab 14 Uhr.

Astrid Diebitsch

## Hitze kann für alte Menschen tödlich sein!

2023 war weltweit das wärmste Jahr seit der Wetteraufzeichnung! 60.000 Hitzetote 2023 in Europa! Der März 2024 war der wärmste März in Deutschland!

In Berlin gab es 2022 in Schöneberg einen Versuch, Schutzräume für Menschen anzubieten, die auf der Straße leben. Nach diesem Versuch gibt es noch immer keine Hitzeschutzpläne für das Land Berlin. Nachweislich sind besonders kranke und ältere Menschen von den Folgen der Überhitzung in der Stadt betroffen. In Deutschland sollen 2022 nach Schätzungen des Robert Koch-Instituts rund 4.500 Menschen an Hitze gestorben sein. Die Todesursachen seien vielfältig und reichten von Hitzschlag bis auf Folgen durch Herz-Kreislauf-Problemen oder Lungenkrankheiten.

Nach der Arbeitsstättenordnung soll in Arbeits- und Sozialräumen die Temperatur 26° C nicht überschreiten. Aber wer schützt uns Rentner und Rentnerinnen? Solange das Land Berlin nichts tut, bleibt uns Senior\*innen nichts anderes übrig, als im Sommer in klimatisierten Räumen zu flüchten wie Discounter und Warenhäuser! Zuhause sollte ein vorerkrankter Mensch bei über 30° C Zimmertemperatur nicht verweilen, denn das kann tödlich enden. Und auch nicht am Trinken sparen!

*Klaus Murawski*

**Gesundheitsbezogener Hitzeschutz:**

### Das Aktionsbündnis Hitzeschutz Berlin

Die Gefährdung der Bevölkerung durch Hitze nimmt immer weiter zu. Dazu tragen unter anderem die demografische Entwicklung, die Zunahme von heißen Tagen sowie der Wahrscheinlichkeit von Temperatursprüngen bei. Daher sind Sofortmaßnahmen zur Vorbereitung des Gesundheitssektors dringend notwendig, um das gesundheitliche Risiko für Patienten und Patientinnen und die Bevölkerung zu reduzieren.

Während seit 2022 Hitzeschutzräume für Wohnungslose von verschiedenen Trägern angeboten werden, fehlt es in den Krankenhäusern, in Pflegeeinrichtungen und Ämtern noch an entsprechenden Plänen.

Das **Aktionsbündnis Hitzeschutz** wurde auf Initiative der Ärztekammer Berlin, der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege und KLUG – Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit e.V. im März 2022 ins Leben gerufen.

Es hat schon im Frühjahr 2022 Musterhitzeschutzpläne gemeinsam mit den Bündnispartner:innen innerhalb folgender Sektoren angefertigt:

Es gibt Musterpläne für Krankenhäuser, ambulante Praxen, stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen, Bürgerämter und obdachlose Menschen.

Sie sollen als erster Anhaltspunkt für die Erstellung eines eigenen Hitzeschutzplanes in ihrer Einrichtung beziehungsweise ihrem Arbeitsbereich dienen. Basierend auf ihrem Vorbereitungsstand und der Risikobeurteilung innerhalb der Einrichtung müssen diese Pläne angepasst und gegebenenfalls ergänzt werden.

Das Ziel ist, Gesundheitsakteure so vorzubereiten, dass im Fall einer starken und anhaltenden Hitzewelle die dadurch bedingte Krankheitslast betroffener Bevölkerungsgruppen reduziert wird, Versorgungsketten gesichert sind und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteur:innen besser funktioniert.

Sie haben Fragen oder benötigen Unterstützung bei der Umsetzung?

Melden Sie sich unter [kontakt@hitzeschutz-berlin.de](mailto:kontakt@hitzeschutz-berlin.de).

Quelle:  
Aktionsbündnis Hitzeschutz (gekürzt)

## Neu im Senioren-Arbeitskreis



### Paul Bender

Ich bin seit 1970 in der IGM. Ich war im Betriebsrat bei Thyssen in Duisburg. Seit 10 Jahren lebe ich in Berlin. Jeden Tag wird mir deutlicher, dass die Gewerkschaft sich einmischen muss. Die lebendige Arbeit muss sich über das tote Kapital stellen.

Der Kaiser hätte mich einen vaterlandslosen Gesellen genannt, weil Arbeiter statt Nationalismus den Internationalismus hochhalten müssen.

Brüder, in eins nun die Hände.



23. bis 25. April 2024

## Aktiven-Konferenz: der Name ist Programm

Ich habe selten eine Konferenz erlebt, die so praxis- und erfolgsorientiert war.

In seiner Eröffnungsansprache brachte Jan Otto, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Berlin, gleich das Ziel der Konferenz auf den Punkt: Was nützen uns die besten Forderungen, wenn wir zu wenig Mitglieder haben. Und so drehte sich alles um die Tarifrunde und die Mitgliederwerbung. Seine Zielsetzung in dieser Konferenz: 100 neue Mitglieder.

Mit den modernen Zeiten wurde uns eine Handy-App zur Befragung und Gewinnung von Mitgliedern zur Verfügung gestellt, über die wir in den Workshops ausführlich beraten haben. Ich war skeptisch.



*Christiane Benner, Jan Otto und Mitglieder des Senioren-Arbeitskreises auf der Aktivenkonferenz*

Nach dem Impulsreferat von Christiane Benner, das sich im Wesentlichen mit der Erschließung, Transformation und der kommenden Tarifrunde beschäftigte, bereiteten wir uns auf den nächsten Praxistag vor.

Ich fuhr mit Kollegen zu BMW. Die Kollegen an den Toren waren sehr aufgeschlossen und unterhielten sich gern mit uns. Was mich jedoch am meisten überraschte war, wie die Kollegen auf die App reagierten.

Ich hätte nie gedacht, wie verständnisvoll und geduldig sie die einzelnen Fragen beantworteten und wir dadurch mit ihnen ins Gespräch kamen. Ich musste

meine Meinung zur der App vollständig revidieren. Insgesamt wurden bei BMW viele Gespräche geführt und an diesem Tag 23 neue Mitglieder an den Toren geworben.

Am nächsten Tag versuchte uns Nadine Boguslawski, Hauptkassiererin, auf eine Tarifforderung von 4 Prozent einzuschwören. Bei der Befragung mit den Kollegen an den Toren war eine zweistellige Forderung das Maß aller Dinge. Wir werden sehen, was dabei herauskommt.

Jetzt kam für mich nach den Betriebsbesuchen das Highlight dieser Konferenz. Nadine und Jan baten Burkhard Bildt (bis vor Kurzem unser Gewerkschaftssekretär für Handwerk und Senioren) in ihre Mitte und würdigten seine Arbeit für die IGM. Burkhard kämpfte schon mit den Tränen, aber der Höhepunkt kam erst noch. Alle Kollegen erhoben sich zu Standing Ovationen und ich glaube, das war ihm mehr wert als viele schöne Worte.

### Was ist geblieben?

Ich bin immer noch davon überzeugt, die IGM von den Betrieben her zu denken. Am Praxistag hat sich gezeigt, die Kollegen warten auf uns, nehmen uns und die IGM als ihre Vertreter wahr. Und so müssen wir auch auftreten.

Ich habe Kontakte zu Betriebsräten von BMW geknüpft und wir wollen gemeinsam das Projekt 60+ angehen, bei dem ältere Kolleginnen und Kollegen angesprochen werden. In diesem Jahr gehen allein 80 Kollegen bei BMW in den Vorruhestand, Erste telefonische Kontakte erfolgten schon mit den Betriebsräten, und jetzt müssen wir diese ausbauen. Wer macht mit? Der nächste Tarifkampf kommt bestimmt und die Kollegen werden von uns nicht nur schöne Worte, sondern Taten erwarten.

*Peter Krug*



*Fotos Igor Pastierovic*

# Maifeiertag in Berlin

Der Senioren-Arbeitskreis beteiligte sich – wie immer

## Ohne Frieden ist alles nichts!

Dieser Ausspruch von Willy Brandt schmückte unseren 1. Mai Stand 2024. Einige unserer Mitglieder hatten noch den 2. Weltkrieg erlebt und fürchten sich nun vor dem 3. Weltkrieg. Dauernd toben Kriege in der Welt, aber nun in unserer unmittelbaren Umgebung. Die Fronten zwischen Ost und West sind festgefahren und der Ukrainekrieg eskaliert.

Gerade wegen dieser bedrückenden Stimmung war



Foto Ramon Zorn

es uns ein besonderes Anliegen, mit einem eigenen Stand am Neptunbrunnen beim Maifest vor dem Roten Rathaus dabei zu sein. Viele Helfer\*innen machten das auch 2024 wieder möglich. Unter anderem verwöhnten uns Bernd und Peter mit Würstchen und Bier.

Wir informierten an drei Stellwänden nicht nur über unsere aktive Arbeit, sondern auch über die Kampagne „3.000 Euro Inflationsausgleich für Rentner\*innen“, das Rentenpaket II und Aufruf zur Mieterdemo am 1. Juni. Über 100 Unterschriften wurden für die Forderung nach einem Inflationsausgleich gesammelt. „Für die Aufrüstung ist Geld da, für soziale Verpflichtungen nicht“, das war ein Argument einer Besucherin an unser Stelltafel.

Zum 1. Mai gab es auch eine gut besuchte Demonstration. Viele von uns nahmen an der Demo vom Frankfurter Tor teil. Leider ist unser Transparent von 2022: „Schluss mit dem Krieg, Die Waffen nieder“ noch immer aktuell.

Das DGB-Motto lautete „Mehr Lohn Freizeit Sicherheit“, doch ohne Frieden ist das alles nichts.

*Klaus Murawski*

## Spargelessen in Kremmen am 13. Mai 2024

Treffpunkt für die Fahrt zum diesjährigen Spargelessen war der S-Bahnhof Gesundbrunnen. Von da ging es mit der S-Bahn nach Hennigsdorf, von dort mit der DB zum Zielort Kremmen – wie schon im Vorjahr.

Kremmen (slawisch: Kieselstein) wurde erstmals 1216 urkundlich erwähnt. Auf einer Erhebung im Rhin-Luch wurde hier im 13. Jahrhundert eine Burg errichtet. Östlich davon wurde um 1232 eine deutsche Siedlung gegründet, im 14. Jahrhundert eine slawische Siedlung mit einbezogen.

Über 40 Kolleginnen und Kollegen waren dabei. Einige kamen mit dem Auto, andere kamen später, weil es einen Polizeieinsatz auf und in der S-Bahn gab.

Ich war ja zum ersten Mal dabei auf dem Spargelhof Kremmen. Man sieht sehr deutlich, dass hier zur DDR-Zeit mal eine LPG war: ein wenig rustikal und unfertig.

Erstaunlich viele Gäste waren da und das an einem Montag! Wir waren in einem festen Zelt platziert. Das Essen kam zügig und naja, am Spargel kann man kaum was falsch machen. Die Getränke-Preise fand ich persönlich zu hoch.

Betreiber des Spargelhofes ist die Rhinland – GmbH, 1990 gegründet, entstanden aus drei ehemaligen LPGs.



Foto Ramon Zorn

Es gibt da 200 Hektar Spargel, 35 Hektar Heidelbeerkulturen, 4.000 Gänse und 2.000 Entenküken.

Bemerkenswert ist, dass die Besitzer und Betreiber des Spargelhofes Kremmen die selben sind wie in Beelitz Klaitow. Buschmann & Winkelmann, zwei clevere westdeutsche Familien zur Wendezeit.

Deutsche Geschichte und Spargel, da könnte man noch einiges sagen über die ehemaligen LPG-Mitarbeiter mit Treuhandschicksal, arbeitslos aber nicht ehrlos. Meine Recherche hat mich sehr nachdenklich gemacht

Danach ging es mit der DB und S-Bahn heimwärts.

*Werner Kühnemann*



## Demonstration gegen Mietwucher am 1. Juni 2024 „Damit Berlin unser Zuhause bleibt ...“

... und eine für alle bezahlbare Stadt wird, müssen Landes- und Bundespolitik endlich die Lösungen umsetzen, die seit langem auf dem Tisch liegen“, sagte Sandra Koch, Sprecherin des Bündnisses gegen Verdrängung und #Mietenwahnsinn.

Unter dem Motto »Gegen Mietenwahnsinn, Verdrängung und Wohnungsnot. Die Miete ist zu hoch!« riefen rund 200 Initiativen, Hausgemeinschaften und Organisationen zur Demo am 1. Juni auf. Dazu gehörten auch ver.di, IG BAU und – sehr spät – auch die IG Metall Berlin. Im Senioren AK hatten wir uns frühzeitig Gedanken zum Thema gemacht, den Antrag zur Unterstützung durch unsere IGM und Schilder für die Demo geschrieben.

Wohnungsprobleme sind vielfältig und lassen sich nicht *allein* durch Neubau, der ja auch nicht richtig vorankommt, lösen. Vielmehr muss der Staat regulierend eingreifen, weil Wohnen ein Grundrecht ist. Im Rahmen einer Preisregulierung – wie zum Beispiel einem bundesweiten Mietendeckel – könnte dem Mietenwucher Grenzen gesetzt werden.

Außerdem muss gegen die Bodenspekulation wirksamer vorgegangen werden. Vermietungen als möblierte Wohnungen (Durchschnittspreis/qm 36,82 Euro), Indexmieten, Zweckentfremdung von Wohnungen (Ferienwohnungen) und Ähnliches treiben die Mietsteigerungen noch weiter an und machen die Mietpreisbremse noch unwirksamer.

Was nützen alle erkämpften Lohnerhöhungen, wenn sie durch überhöhte Mieten den Beschäftigten (und mittelbar den Rentnern) nicht vollumfänglich zugute kommen.

Auf Schildern der Demo-Teilnehmer wurden die vielfältigen Probleme dargestellt: Beispielsweise die völlig überhöhten Nebenkosten-Forderungen einiger Wohnungskonzerne (+750 Prozent), die die Abrechnungen nicht erklären aber die Mieter mit Mahnschreiben mürbe machen oder Zwangsräumungen, die in die Wohnungslosigkeit führen und verboten gehören!



Am Hafenplatz unweit des Potsdamer Platzes legte die Demo einen Zwischenstopp ein: Ein Paradebeispiel für Spekulation, denn ein Privatinvestor will dort einen Sozial-Wohnblock mit rund 400 günstigen Wohnungen, in denen seit Jahren Instandhaltung verweigert wurde, plattmachen. In Kooperation mit der landeseigenen Gewobag, wohlgermerkt. Geplant ist ein schickes Wohn- und Gewerbequartier namens »Kulturhafen«.

Gentrifizierung pur, Abriss samt Vertreibung der Bewohner. Denn Neubau nützt denen nicht, der geht mit 20 Euro/qm Kaltmiete völlig am Bedarf vorbei.



Fotos Ramon Zorn

Für die kräftigen Regenschauer haben die Demo-Organisatoren nicht die Verantwortung, wohl aber für das lange Stehen am Anfang, die schlechte Lautsprecher-Anlage, wodurch man die Reden kaum hören konnte und dann die überlaute Musik aus LKWs während des Umzugs: Das macht, dass viele Ältere und auch Leute mit kleinen Kindern sagen, man kann leider nicht auf die Demo gehen. Dabei brauchen wir solche Aktionen, um Druck zu machen.

In erster Linie braucht es einen nicht renditeorientierten Wohnungsbau, eine neue Wohngemeinnützigkeit für günstige vier Wände, die Umsetzung des Volksentscheids, einen bundesweiten Mietendeckel und ein Sofortprogramm mit Mietenstopp und dauerhafter Bindung für Sozialwohnungen.

Dann singen wir wieder schönere Lieder als bei dieser Demo:

„Mit unsrer Mi-iete keine Rendi-ite“ und „Kein schönes Land in dieser Zeit, zu hohe Mieten weit und breit“.

Wut macht sich breit.

Sabine Kördel



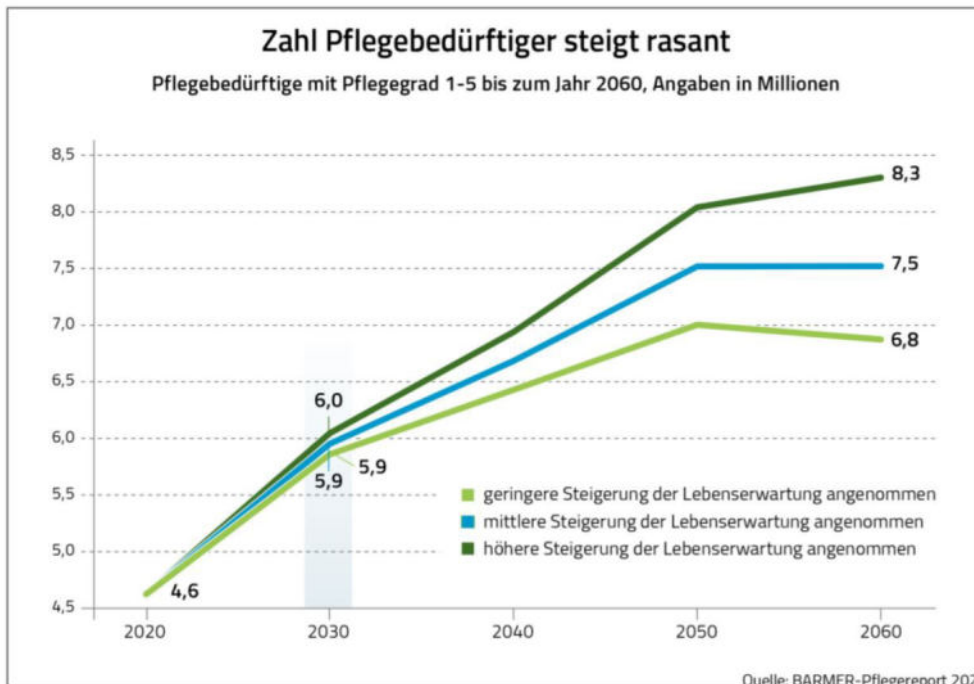
# Lauterbachs Pflegereform löst die Probleme nicht

Im Juni 2023 sagte Bundesgesundheitsminister Lauterbach: „Die Pflegebedürftigen haben unsere volle Solidarität verdient.“ Der Bundesrat hatte das Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz gebilligt. Zum Inhalt: Ab dem zweiten Kind zahlen Eltern ab 1.7.2023 weniger für die Pflegeversicherung, die Beiträge werden geringfügig erhöht. Die Leistungen in der Pflege werden dynamisiert und um 5 Prozent erhöht und die Pflegekosten in den Heimen sollen gebremst werden.

gebracht. Das wird aber nicht ausreichen, denn die Heimpflegekosten steigen weiter!

## Entwicklung des Pflegebedarfs

Grundsätzlich müssen, um genauere Prognosen zu erreichen, systematisch Daten erhoben werden. Doch bisher hielt das keine Bundesregierung für nötig. Für die sorgenden und pflegenden Angehörigen gibt es auch nach 26 Jahren Pflegeversicherung keine regelmäßigen und fundierten statistische Daten.



Absehbar war auch das zur Entlastung der häuslichen Pflege die ambulante Unterstützung ausgebaut werden muss. Auch die Qualifizierung der Pflegenden zu Hause und in Einrichtungen muss mehr gefördert werden. Die Barmer KV schlägt dazu vor, Pflegenden besser für ihre Arbeit sozialversicherungspflichtig zu entlohnen und auch für die Pflege anderer Menschen zu gewinnen, damit die erworbene Qualifikation nicht verloren geht.

## Akute Probleme in der Pflegeversicherung

Knapp ein Jahr später, im Mai 2024, spricht der Gesundheitsminister Karl Lauterbach von einem „explosionsartigen“ Anstieg der Pflegebedürftigen und „akute Probleme in der Pflegeversicherung“. Es waren im letzten Jahr 360.000 mehr anstatt 50.000 mit denen Lauterbach gerechnet hatte. Wie er auf solch eine geringere Steigerung kommt, obwohl diese in den Vorjahren das 5-fache betragen hatte, weiß nur er.

Schon 2021 hieß es im Barmer Pflegereport des Forschungszentrums der Uni Bremen, es wird von sechs Mio. Pflegebedürftigen 2030 ausgegangen. 2020 hatten wir 4'623.000 Pflegebedürftige und 2021 schon 338.000 mehr. Neben den Zahlen zur Entwicklung der Pflegebedürftigkeit insgesamt wurden auch die beiden Aspekte Fachkräftemangel und finanzielle Belastungen bei der stationären Unterbringung beleuchtet.

Die spannende Frage ist also, wo sollen diese Pflegekräfte herkommen? Bei der Finanzierung hat der Bundesgesundheitsminister schon etwas auf den Weg

## Unsere Forderungen

Die DGB Gewerkschaften schlagen schon lange vor, wie bei der Krankenversicherung eine gesetzlich Pflegevollversicherung einzuführen. Die Lauterbach-Reform von 2023 lehnte der DGB als ungenügend ab. Laut einer Umfrage sind 81 Prozent der Bevölkerung, parteiübergreifend, für eine Pflegevollversicherung.

Nur die FDP kommt aktuell mit dem Vorschlag einer privaten Pflegepflichtversicherung. Es reicht wohl nicht, dass nur noch hochpreisige Pflegeeinrichtungen mit entsprechenden Renditen durch Investoren geschaffen werden. Andere werden auf Grund von Personalmangel und Unterfinanzierung geschlossen. Jetzt will die FDP auch noch den Vermögensverwaltern eine hohe Rendite durch die private Pflegeversicherung verschaffen.

## Unsere Haltung ist klar:

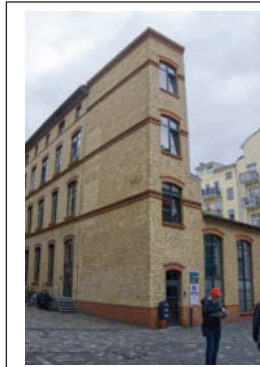
**Pflege nicht den Finanzinvestoren überlassen, sondern in die Hände von sozialen Trägern geben – und diese fördern.**

*Klaus Murawski*

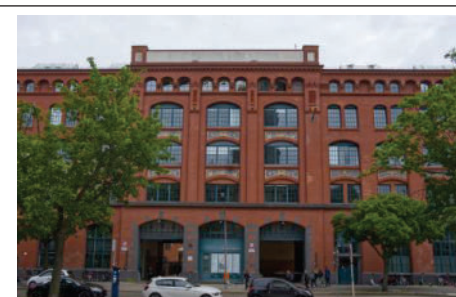
**Stadtspaziergang 29. Mai 2024**  
**Auf den Spuren der AEG**  
**Von den Edison-Höfen zur AEG-Brunnenstr.**

Ein Kreis von 12 Personen traf sich am 29.5.2024 mit dem ehemaligen AEG-Kollegen Gerhard Lux als sachkundigem „Stadtführer“ am Nordbahnhof zu einem Spaziergang auf den Spuren der AEG. Von der Invalidenstraße aus betraten wir zunächst die Edison-Höfe, wo alles begann. Dort befand sich die erste Glühlampenfabrik der 1883 von Emil Rathenau gegründeten Deutschen Edison-Gesellschaft für angewandte Elektrizität. Rathenau hatte zuvor von Thomas Alva Edison das Recht zur wirtschaftlichen Nutzung seiner Patente in Deutschland erworben. 1887 löste sich Rathenau nach einer kräftigen Kapitalaufstockung unter Mithilfe von Siemens und der Deutschen Bank als weiterer Kapitaleigner von der amerikanischen Edison-Gesellschaft. Das Unternehmen firmierte seitdem als Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG). Die Glühlampen dort wurden zunächst für einzelne Gebäude wie Theater und Cafés und erst später für die Straßenbeleuchtung und ganze Wohnbezirke angefertigt. Über die Gartenstr. und den Gartenplatz gelangten wir dann in der Ackerstraße gegenüber der Kirche St. Sebastian zu dem Gebäude der ersten Maschinen- und späteren Apparatefabrik der AEG mit seiner prachtvollen, vom Berliner Architekten Franz Schwechten gestalteten Fassade. Ab diesem Zeitpunkt produzierte die AEG ihre eigenen elektrischen Maschinen für den Kraftwerksbau. Hinzu kam die Elektrifizierung von Pferdebahnen zu Straßenbahnen und die Herstellung elektrischer Hausgeräte. Zuletzt führte unser Weg dann über die Hussitenstraße zu den riesigen Gebäuden der AEG im Werk Brunnenstraße, das über einen Untertunnel mit dem Werk Ackerstraße verbunden ist. Dort entstand zuerst eine Großmaschinenfabrik, später die Hochspannungsfabrik, die Fabrik für Bahnmaterial und die Kleinmotorenfabrik nach Entwürfen namhafter Architekten, u.a. Peter Behrens. Dort hatte auch Gerhard bis zur Schließung der Fabrik 1984 gearbeitet. Das war ein sehr spannender Vormittag zur Industriegeschichte Berlins, der dann (erneut) in der „Cantinerie“ auf dem Betriebsgelände seinen Abschluss fand.

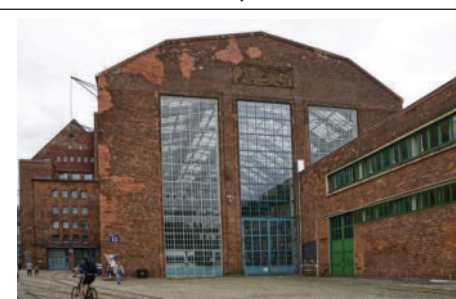
**Deutsche Edison-Gesellschaft**  
**1883, ab 1887**  
**Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG)**



Edison-Höfe, Schlegelstr. 26  
 Glühlampen Fabrik,  
 Grundstücksfläche 1915: 10.950 m<sup>2</sup>  
 Beschäftigte 1914: 2.800  
 Enteignung 1949 Gründung der DDR



**AEG – Ackerstr., 1888,**  
 bis 1895 Fabrik für elektrische Maschinen, Straßenbahn und Hausgeräte, dann Apparatefabrik,  
 Grundstücksfläche 1915: 17.288 m<sup>2</sup>  
 Beschäftigte 1914: 8.100  
 Schließung 1978



**AEG – Brunnenstr., 1895,**  
 Fabrik für elektrische Maschinen,  
 Stammwerk der AEG,  
 Grundstücksfläche 1915: 117.628 m<sup>2</sup>  
 Beschäftigte 1914: 14.000  
 Schließung 1984



Text: Maria Metzke, Gerhard Lux, Bilder: Gerda Seydler

# Nach der EU-Wahl

Am 9. Juni haben wir gewählt. Der erwartete Rechtsruck ist europaweit eingetreten. Was bedeutet das für die EU? Werden die nationalen Populisten die EU der Offenheit und Toleranz zerstören, wie sie angekündigt hatten? Sie wollten doch eine andere EU, mit nationaler Selbstständigkeit und ohne Zuwanderung.

Ein paar Procente mehr bedeutet noch lange keine Mehrheit für die Rechten. Aber stören und behindern können sie schon – das versuchen sie ja im Bundestag auch immer wieder.

Auch der Block der Konservativen, mit dabei die CDU, hat zugelegt. Wird Klimapolitik und Verkehrswende wieder zurückgedreht? Steht der „Green Deal“ vor dem Aus? Er wurde doch schon von der jetzigen Kommission aufgeweicht.

## Abkehr von der progressiven Politik?

Kann man hoffen, dass „die normative Kraft des Faktischen“ die Zurückrunderer ausbremst? Das heißt, ausnahmsweise auf die Lobbyarbeit der Wirtschaftsverbände zu bauen. Denn der Umbau für die Energie- und den Klimawandel ist in vielen Industrien schon in Gang gesetzt und wird sich nicht einfach umkehren lassen. Gerade die Wirtschaft profitiert von der Synchronisierung der Rahmenbedingungen, weil nationale Sonderwege den freien Handel behindern.

Oder werden die Konservativen sich den rechten Wahlgewinnern andienen, in der Hoffnung, sie in den Griff zu bekommen? Das ist schon einmal schief gegangen!

Erste Kommentatoren prognostizieren schon, dass bei der neuen Zusammensetzung des EU-Parlaments und der EU-Kommission die Interessen der Wirtschaft noch mehr in den Vordergrund rücken werden. Da gerät die Sozialpolitik in den Hintergrund.



*Abdrift nach rechts*

Mehr denn je wäre eine Zusammenarbeit der Gewerkschaften und der sozialen Verbände nötig, denn gerade bei den Löhnen und Arbeitsbedingungen ist ein geeintes Europa wichtig. Die Forderung nach höherer Tarifbindung und das Zurückdrängen der Billiglohnssektoren muss weiter verfolgt werden.

Wenn die Pläne der rechten Nationalisten aufgehen, bleibt dann die Freizügigkeit der Arbeit innerhalb Europas bestehen? Werden wir bei Reisen wieder Pässe vorzeigen und Geld umtauschen müssen?

## Berlin ist immer besonders

Bemerkenswert ist das Wahlergebnis in Berlin. Die Grünen liegen trotz Verlusten immer noch vorn, gefolgt von CDU und SPD, die AfD an vierter Stelle.

Geographisch gesehen ist die Teilung der Stadt erstaunlich eindeutig: im Westen konservativ, in der Mitte grün und im Osten braun (oder blau, wenn man so will). Ob das mit der Stadtpolitik, der Ampelregierung oder doch mit der EU-Politik zu tun hat? Da ringen die Parteisprecher/innen und die Politikwissenschaftler/innen um die Antworten.

*Ramon Zorn*



## Tangermünde

Donnerstag, 22. August  
Anmeldung am 8. Juli  
von 10 bis 13 Uhr, in Raum 123  
oder unter Tel. 030 25387-160

## Frankfurt/Oder

Donnerstag, 19. September  
Anmeldung am 5. August  
von 10 bis 13 Uhr, in Raum 123  
oder unter Tel. 030 25387-160

## Mitgliederversammlung

„Aufstehen gegen Rechtspopulismus“  
Mittwoch, 25. September, 14 Uhr  
IG Metall-Haus, Alwin-Brandes-Saal